

Memorandum
des Fachbeirats des BLK-Programms
"Demokratie lernen und leben"

**Aufruf zur Fortführung einer erfolgreichen demokratiepädagogischen Initiative
in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland**

1. Mit dem BLK-Programm "Demokratie lernen und leben" ist in Deutschland ein bundesweiter Arbeitszusammenhang entstanden, in dem die Entwicklung von demokratischer Handlungskompetenz und demokratischer Schulkultur in schulübergreifenden Lern- und Austauschprozessen erfolgreich vorangetrieben wurde. An vielen Orten gibt es heute gute und vorbildliche Praxis. Dieses Ergebnis ist besonders wertvoll, weil es aus der Arbeit mit einer Vielzahl von Themen auf der Grundlage unterschiedlicher fachlicher Ausrichtungen und unter Einsatz vielfältiger methodischer Vorgehensweisen entstanden ist und unter mannigfaltigen Bedingungen der Schule, mit unterschiedlichen Schüler- und Lehrergruppen sowie unter verschiedenen sozio-kulturellen Voraussetzungen entwickelt wurde.

Zum Abschluss des Programms "Demokratie lernen und leben" (am 31. 3. 2007) wenden wir uns daher an die für die Schulen Verantwortlichen in Bundesländern und Gemeinden, an die Schulleitungen sowie an Lehrerinnen und Lehrer, an Schülerinnen und Schüler und an ihre Eltern und nicht zuletzt an die Engagierten in Politik und Öffentlichkeit und fordern sie auf, den Impuls, den dieses Programm gegeben hat, aufzugreifen, mit den erforderlichen Mitteln zu unterstützen und nachhaltig weiterzuführen.

2. Das Programm hat bestätigt, dass Schule nicht nur Wissen vermitteln, sondern auch erziehen kann. Die Schule ist der einzige Ort, an dem alle Mitglieder der nachwachsenden Generation erfahren können, wie wir in der Gesellschaft zusammenleben wollen. Das Schulleben selbst bietet die wirksame Praxis, um demokratische Haltungen bei den jungen Menschen zu fördern. Wenn diese Praxis in fachlichen Unterrichtsprozessen und über diese hinaus entfaltet wird, kann die Schule einen wichtigen Beitrag zum Aufbau der sozialen und demokratischen Kompetenzen leisten, die in einer friedlichen, gerechten und Konflikte lösenden Gesellschaft dringend benötigt werden.

3. Am wirksamsten ist dieser Prozess, wenn fachliches Wissen, kompetentes Urteilen und ein von gegenseitigen Respekt und partnerschaftlicher Kooperation geprägtes Schulleben sich wechselseitig stützen und fördern. Dann zeigt sich in der Schule, dass Zusammenleben nicht nur eine Arena ist, in der Individuen um die Durchsetzung von Interessen gegen andere kämpfen. Vielmehr geht es um gemeinsame Prozesse, in denen auf friedlichem Wege Anteilnahme und Interessenausgleich, Anerkennung und Teilhabe, Handlungsbereitschaft und Verantwortungsübernahme, Fairness und Gerechtigkeit angestrebt werden. So wird deutlich, dass demokratisches Zusammenleben mehr ist als ein prozedurales Regelwerk, sondern sich an

Werten orientiert, die für den Alltag von Schülern und Lehrern und das Leben aller Menschen maßgebend sind.

4. Dies ist umso wichtiger in einer Zeit, in der manche Familien und viele Werte vermittelnde Institutionen keinen Halt mehr geben, sich radikalisierte Gruppen vorhandene Informations- und Orientierungsdefizite ausbeuten und jugendorientierte elektronische Medien, insbesondere Video- und Computerspiele, gewalttätige Handlungsmuster hervorbringen oder verstärken. Zunehmende Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt zeigen an, dass zentrale Elemente der Demokratie und der Menschenrechte in den Köpfen und Herzen vieler Menschen keineswegs fest verankert sind. Grundlegende Prinzipien wie menschliche Solidarität, Achtung von Mehrheitsentscheidungen, Schutz von Minderheiten, allgemeine Grundsätze der Fairness, der Gerechtigkeit und der wechselseitigen Unterstützung müssen erlebt, reflektiert und in Haltungen umgesetzt werden.

5. Politische Bildung und Demokratiepädagogik sind, wie die Erfahrung zeigt, keine Gegensätze, sondern aufeinander angewiesen. Demokratiepädagogik zielt auf Erfahrungen im Unterricht, im Klassen- und Schulleben sowie in der Kommune, um die Bedeutung vermittelten Wissens und entwickelter Fähigkeiten für das Zusammenleben einsichtig zu machen und die Bereitschaft zum demokratischen Handeln zu stärken. Erfahrung verlangt Einordnung und Deutung, und Wissen und Können bewähren sich an der Lösung von Problemen des gemeinsamen Lebens. In diese gemeinsame Anstrengung müssen alle Unterrichtsfächer einbezogen werden, die zur demokratischen Bildung beitragen können, wie zum Beispiel, Geschichte, Deutsch oder Ethik. Sie sollten ihr Potential zur Entwicklung von demokratischen Kompetenzen ausschöpfen.

6. Ein auf fünf Jahre begrenztes Programm mit den begrenzten Arbeitsmöglichkeiten eines BLK-Vorhabens konnte während dieser Laufzeit die positiven Ergebnisse nicht auf das Schul- und Bildungswesen insgesamt übertragen. Auch nach diesen fünf Jahren existiert die im Programm entstandene gute Praxis nur in einer Minderheit der über 40000 Schulen der Bundesrepublik. Selbst in einem Teil der teilnehmenden Schulen ist diese Praxis nicht so gefestigt, dass sie ohne weitere Unterstützung gesichert erscheint oder sich von hier aus in weitere Schulen von allein ausbreiten könnte. In vielen Schulen befindet sich die Demokratiepädagogik noch in der Phase der Initiierung. Um das Erreichte nicht wieder zu verlieren, ist es wichtig, weitere Schritte der Implementierung und Institutionalisierung sicherzustellen.

7. Die Schulen des Programms haben für ihre Entwicklungsleistungen Anerkennung durch die beteiligten Schulverwaltungen und den Fachbeirat des Programms erhalten. Generell gibt es indessen keine systematische Anerkennung im Bildungswesen für Schulen, die auf die Entwicklung sozialer und demokratischer Kompetenzen setzen. Wenn Schulen verglichen

und bewertet werden, steht die Schulleistung in den Unterrichtsfächern weit vor anderen Bildungsleistungen, die Schulen erbringen. Schulqualität wird, anders als in England oder Kanada, nicht auch am Beitrag einer Schule zur Entwicklung demokratischer Einstellungen und Handlungsbereitschaften gemessen. Vermittlung demokratischer Kompetenzen in der Schule hat in Deutschland nicht den Rang, der ihr zukommen muss. Das muss sich ändern.

8. Infolge der Föderalismusreform wird es ein von Bund und Ländern getragenes Transferprogramm zum BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ nicht geben. Wir würden es begrüßen, wenn ein Kooperationsprogramm interessierter Länder diese Lücke füllen würde. In einzelnen Ländern scheint eine Weiterentwicklung demokratiepädagogischer Programmelemente gesichert. Sie kann sich auf Schulen stützen, die entschlossen sind, die demokratiepädagogische Arbeit fortzusetzen. Wir erwarten, dass die Länder diese Schulen weiterhin unterstützen. Wir würden es begrüßen, wenn die Fachgesellschaften der beteiligten Unterrichtsfächer und der erziehungswissenschaftlich relevanten Disziplinen sich diesen Bemühungen anschließen würden. In enger Anlehnung an das BLK-Programm ist zudem eine zivilgesellschaftliche Organisation entstanden, die in Abstimmung und Wechselwirkung mit lokalen Initiativen und Netzwerken die weitere Entwicklung in den Schulen vorantreiben soll: Die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik (DeGeDe) stellt sich der Aufgabe, demokratiepädagogisch aktive Schulen, Netzwerke und Projekte durch Fortbildung und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen und den als Multiplikatoren ausgebildeten Berater für Demokratiepädagogik, Programm-Koordinatoren, Schulleitern und anderen Akteuren des Programms eine Plattform für Information, Austausch und Planung zu bieten. Wir erwarten, dass diese Organisation in der weiteren Entwicklung und Verbreitung der Demokratiepädagogik in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen eine wirksame Rolle übernehmen wird.

9. Im internationalen Rahmen entstehen zurzeit mehrere Vorhaben, in denen die Aufgaben und Möglichkeiten der Schulen, mitbürgerlich-demokratische Verantwortung zu fördern, vertieft und erweitert werden sollen.

Einige sollen hier genannt werden:

- die PISA-Studie der OECD, die ab 2009 durch die Dimensionen civic engagement und global citizenship ergänzt werden soll,
- die IEA Civic Education Studie, die 2009 in eine zweite Erhebungswelle eintritt,
- das OECD Programm Social Outcomes of Learning,
- die bevorstehende Gründung eines Europäischen Instituts für citizenship education auf Betreiben des Europarats,
- die Initiative eines europäischen Stiftungskonsortiums (Initiative for Learning Democracy in Europe ILDE) zur Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Handbuchs für Demokratielernen,

- die UN-Konvention für die Rechte des Kindes, der Europarat sowie die Europäische Union fordern die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung der Einrichtungen für Kinder und an den Bildungsprozessen, die in ihnen stattfinden.

Die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland halten sich bei diesen Vorhaben weitgehend zurück. Das ist bedauerlich, weil solche Initiativen geeignet sind, die Demokratiepädagogik zu stärken und ihr auf hoher Ebene Anerkennung zu verschaffen. Die demokratiepädagogische Arbeit in den Schulen kann aus einer Verbindung mit den genannten Programmen und Einrichtungen Anregungen und Unterstützung beziehen. Wir rufen die Bundesländer dazu auf, sich an den internationalen Vorhaben und Entwicklungen in diesem Bereich zu beteiligen.

10. In der Bundesrepublik gibt es für die Entwicklung demokratischer Kompetenzen und einer demokratischen Schulkultur bisher keine wirkungsvolle Lobby von Akteuren aus Schule, Wissenschaft und Politik. Ein politischer Wille zur Entwicklung institutioneller Unterstützungs- und Anerkennungsstrukturen ist auf Bundesebene und in den Ländern kaum erkennbar. Das spiegelt sich im nationalen Bildungsbericht, in dem das Thema einer demokratischen Schule und der Erziehung zur Demokratie bislang ausgespart ist. Es ist dringlich, die Entwicklung eines Instrumentariums zur Institutionalisierung und Evaluierung demokratischer Handlungskompetenzen und einer demokratischer Schulkultur voranzutreiben. Mit dem im Programm "Demokratie lernen und leben" entwickelten "Qualitätsrahmen Demokratiepädagogik" (2007), der zum Abschluss des Programms der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, ist ein handlungswirksamer Schritt in Richtung auf dieses Ziel getan worden.

11. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms "Demokratie lernen und leben" werden sich auch nach Ende des Programms für die Förderung sozialer und demokratischer Kompetenzen einsetzen werden. So haben sie in der Ergebniskonferenz des Programms Anfang März 2007 angekündigt, Kooperationsformen und Netzwerke, die im Programm aufgebaut wurden, aufrechtzuerhalten, Verbindung zu verwandten Programmen und lokalen Trägern herzustellen, Projekte des Service Learning auszubauen und Aus- und Fortbildung auf den entsprechenden Qualifikationsbedarf auszurichten. Das Programm hat die Überzeugung gestärkt, dass die aktive Beteiligung junger Menschen, die Förderung ihrer Selbstwirksamkeit sowie wechselseitigen Respekts und solidarischen Verhaltens zu den Bildungsaufgaben gehören, für die Schule Raum und Zeit geben muss. Diese Ziele zu erreichen, wird allerdings nach Auffassung der Aktiven im Programm nur möglich sein, wenn finanzielle Unterstützung, personelle Kapazität und administrative Hilfe bereitgestellt werden. Die Akteure, die das BLK-Programm gestaltet und getragen haben, fordern vom Fachbeirat des Programms, ihren Appell an die politisch und administrativ Verantwortlichen zu unterstützen, weiterhin und mit entsprechenden Mitteln die Entwicklung sozialer und demokratischer Kompetenzen in den Schulen zu fördern.

12. Eine besondere Herausforderung und zugleich Chance zur Förderung demokratischer Handlungskompetenz bietet die Ganztagschule, weil sie ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag nicht nur auf die Unterrichtsfächer bezieht, sondern weil in ihr auch das Schulleben erweitert und unter aktiver Beteiligung der Schüler gestaltet werden soll. Eine den Themen und den Kindern angemessene zeitliche Rhythmisierung und verbesserte Kommunikationsformen im erweiterten Unterrichts- und Schulalltag bieten Raum für eine verstärkte Verbindung von Unterricht, Lernen und praktischer Erprobung und Erfahrung und somit auch für Demokratiekompetenz fördernde Projekte, für Kooperation mit inner- und außerschulischen Partnern sowie für intensive Diskussion, Beteiligung und Mitverantwortung von Schülern und Eltern bei der Gestaltung des Schullebens und der Schulentwicklung.

13. Besondere Hoffnungen richten sich nach Abschluss des BLK-Programms auf die Bundesländer, die nun für eine nachhaltige Weiterentwicklung der produktiven Ansätze und ihre Verbreitung im Bildungswesen sorgen müssen. Primäres Ziel muss sein, die Fähigkeit der Schulen zu stärken, in Unterricht und Schulleben für ihre Schülerinnen und Schüler geeignete Angebote zur Ausbildung sozialer und demokratischer Kompetenzen zu entwickeln. Der Begriff der Schulqualität muss die Bemühung um dieses Ziel in sich aufnehmen. Dieses Ziel erfordert die systematische Einbeziehung politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure auf Länder- und Bundesebene, aber auch in Kommune und Nachbarschaft. Enge Kooperation sollte mit Programmen zu Mediation, zu interkulturellem Lernen und Gewaltprävention sowie mit Programmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus hergestellt werden, die von den Ländern in vielen Schulen unterstützt werden.

Diese spezifisch Erweiterung des Erziehungsauftrags der Schule ist erforderlich, um die unabweisbaren Aufgaben der Gewaltprävention, der kulturellen Integration, der Kompensation von Armutsfolgen, aber auch der Abwehr rechtsextremer Entwicklungen in der Jugendphase voranbringen zu können. Die Auseinandersetzung mit diesen Aufgaben setzt eine Qualität von Unterricht und Schulleben voraus, die einen demokratischen Habitus junger Menschen in der Schule zu prägen vermag. Ohne die Unterstützung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure ist diese Qualität nicht zu erreichen.

14. Die Anstrengungen des BLK-Programms hätten nicht gelohnt, wenn die Bundesländer jetzt nicht entschiedene Schritte unternehmen würden, um die demokratiepädagogischen Errungenschaften dieses Programms in ihren Schulen fest zu verankern.